

SPD-Kreistagsfraktion Rhein-Erft-Kreis

Hardy Fuß MdL

**Rede anlässlich der Verabschiedung
des Kreishaushaltes 2005 am 21. April 2005**

Sperrfrist: Beginn der Rede (ca. 17.30 Uhr)

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

der Tatbestand der Majestätsbeleidigung wurde nach der November-Revolution 1918 abgeschafft. Nicht zuletzt mangels Majestät.

An diesem historischen Ereignis waren Sozialdemokraten nicht ganz unbeteiligt.

Deshalb, sehr geehrter Herr Landrat, nehmen Sie es bitte nicht als Kritik an Ihrem Amt, wohl aber an der Amtsführung, was wir Sozialdemokraten im Rhein-Erft-Kreis heute zu Ihrem Haushaltsentwurf 2005 zu sagen haben.

Ein weiteres historisches Ereignis, wenn auch um Zehnerpotenzen weniger bedeutsam als das der November-Revolution, ist die gemeinsame **Stellungnahme der zehn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister** aus dem Rhein-Erft-Kreis zu Ihrem Haushalt.

Noch nie in der Geschichte des Erftkreises und des Rhein-Erft-Kreises gab es ein Schreiben mit der persönlichen Unterschrift aller zehn Bürgermeister zum Kreishaushalt.

Noch nie war die Kritik an einem Kreishaushalt derart klar und vernichtend wie die der zehn Bürgermeister – ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit der jeweiligen Amtsträger.

Beschäftigen wir uns mit deren Argumenten; lassen wir jetzt die Bürgermeister von dieser Stelle aus sprechen. Ich zitiere:

„Der Rhein-Erft-Kreis hat ein **strukturelles Haushaltsdefizit**, das die Verantwortlichen zum Handeln veranlassen muss.

Wird jetzt nicht gegengesteuert, ist eine abermalige Anhebung der Kreisumlage im nächsten Jahr angesichts der im Finanzplan aufgezeichneten **Deckungslücke** im Verwaltungshaushalt von mehr als **12 Mio. Euro** zwangsläufig.

Deshalb gebietet die in der Kreisordnung vorgegebene Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Kommunen, dass auch der Rhein-Erft-Kreis konsequent das Ziel verfolgt, über ein Konsolidierungsprogramm mit der Qualität eines **Haushaltssicherungskonzeptes** die Kernaufgaben des Kreises zu definieren, die sich am gesetzlich zugewiesenen Aufgabenbestand ausrichten müssen...

...Es bleibt die Forderung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, einen Fehlbedarf offen auszuweisen, auch wenn daraus ein Haushaltssicherungskonzept resultiert...“

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister weisen darauf hin, dass bereits bei einem unveränderten Umlagesatz der Kreis nur aufgrund des Anstiegs der Umlagegrundlagen **zusätzliche** Kreisumlagezahlungen von den kreisangehörigen Kommunen im Umfang von **3,7 Mio. Euro** erhält – **ohne** die vorgesehene **Erhöhung** der Kreisumlage!

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister forderten eine **Arbeitsgruppe** aus Politik und Verwaltung, die eine ernsthafte Aufgabenüberprüfung einleitet mit dem Ziel, den Kreishaushalt auf Kürzungsmöglichkeiten zu durchforsten.

Herr Kollege Zylajew bezeichnete im Kreisausschuss diese vorgeschlagene Arbeitsgruppe als „**Suppenkabinett**“ und hat damit eindrucksvoll seine persönliche Übersetzung des Begriffes der „Kommunalen Familie“ vorgetragen.

Die Bürgermeister sagen:

„...Die **Personalkosten** reduzieren sich nach Eckdatenpapier gegenüber der Vorjahresveranschlagung um rund 395.000 Euro. Die Einsparung resultiert vor allem aus der Verlagerung der Kreisleitstelle zur Feuer- und Rettungswache der Stadt Kerpen. Nach Anlage 10 des Eckdatenpapiers ergeben sich hier Einsparungen von 221.000 Euro.

Dem stehen... Mehrausgaben für eine Personalkostenerstattung an die Stadt Kerpen in Höhe von 940.000 Euro gegenüber, so dass sich insgesamt ein **Mehrbedarf von 720.000 Euro** ergibt.

Bei wirtschaftlicher Betrachtung liegt demnach **keine Einsparung, sondern eine Erhöhung** der Personalkosten um rund 324.000 Euro vor.

Der **Abbau von Planstellen bleibt** hinter den berechtigten Erwartungen der kreisangehörigen Kommunen **zurück.**“

Die zehn Außendienstmitarbeiter für die beim Kreis entfallende Aufgabe der Hilfe zur Arbeit nach dem BSHG werden von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern klar deklariert:

„Für keine dieser Stellen und zusätzlich für alle anderen Stellen, die in der Kreisverwaltung für die Aufgaben „**Hilfe zur Arbeit**“ gebildet wurden, gibt es mit der Realisierung der ARGE noch eine Rechtfertigung. Soweit eine Abordnung an die ARGE erfolgt und diese Mitarbeiter deshalb im Stellenplan im Kreises weitergeführt werden, ist die Erstattung der ARGE als Einnahme zu veranschlagen.

Der **Stellenabbau müsste** im Unterabschnitt 400 -Allgemeine Sozialverwaltung- im Hinblick auf den mit Hartz IV verbundenen großen Wegfall von Sozialhilfefällen **stärker ausfallen**, als an der nur geringfügigen Absenkung der Personalausgaben ablesbar.

Nach der vergleichenden Betrachtung der Ansätze für die Dienstbezüge finden sich Steigerungen, die auf die **Ausweitung von Stellenanteilen** oder gar zusätzlichen Stellen schließen lassen... für die beim Gebot zum Sparen kein Platz sein dürfte...

Es wird festgestellt, dass sich der Rhein-Erft-Kreis weiterhin nicht ernsthaft und kritisch mit dem **überdurchschnittlich hohen Besoldungsniveau** auseinandergesetzt hat.

Wir wiederholen den Appell der Vorjahre, dass bei der notwendigen Aufgabenkritik auch **alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand** gehören. Deshalb muss bei aktuellen Zusagen oder vertraglichen Regelungen stets ein Finanzierungsvorbehalt erfolgen.

Im Eckdatenpapier wird eine Deckungsreserve von 300.000 Euro ausgewiesen, die mit der Finanzierung von Ausgaben anlässlich des **Weltjugendtages** begründet wird.

Der Rhein-Erft-Kreis sollte eine etwaige Mehrbelastung unterjährig durch Einsparung bzw. Mehreinnahmen aus dem laufenden Verwaltungsbetrieb erwirtschaften und von einer Deckungsreserve, die zu weiterer Belastung des Verwaltungshaushaltes und somit der Kreisumlage führt, absehen.

Nach dem Entwurf des Kreishaushaltes steigen die Ausgaben für die **bauliche Unterhaltung** gegenüber dem Vorjahr um rund 23,6 % und liegen somit weit über den Orientierungsdaten von 1,5 %. (und weit über dem, was Kommunen sich leisten können)

Nach dem Entwurf des Kreishaushaltes soll der Ansatz für „Lizenzgebühren für Software“ von 180.000 Euro im Vorjahr auf 730.000 Euro in Jahr 2005 steigen... Nicht nachvollziehbar ist die Erhöhung des Ansatzes „**Kosten der Internetpräsenz**“ von 4.600 Euro auf 40.000 Euro.

Budget Kulturbüro

Die achtprozentige Erhöhung des dort ausgewiesenen Zuschussbedarfes ist bei der katastrophalen Finanzsituation nicht zu rechtfertigen.

Vermögenshaushalt

Kreditaufnahmen / Aktien

Die **Entschuldung** des Rhein-Erft-Kreises ist sicherlich löblich, erfolgte und **erfolgt** aber nicht zuletzt **auf Kosten der Kommunen**.

Der eingesparte Schuldendienst reduzierte sicherlich die Kreisumlage;

ein Einsatz der zur Schuldentilgung verwendeten Mittel im Verwaltungshaushalt des Kreises hätte die kreisangehörigen Kommunen aber weitaus mehr entlastet.

Die so mehr zu zahlende Kreisumlage musste bzw. muss bei vielen Kommunen über Kassenkredite finanziert werden.

Die als positiv dargestellte Entschuldung des Kreises ist bestenfalls eine Umschuldung zu Lasten der Kommunen und daher eine versteckte Kreisumlage.

Das Einsetzen der Verkaufserlöse aus der Veräußerung von Vermögenswerten des Kreises (**RWE-Aktien** und Immobilien) zur Senkung der Kreisumlage würde die kreisangehörigen Kommunen – wenn auch nur kurzfristig – deutlich mehr entlasten, als die Verhinderung einer Kreditaufnahme durch den Kreis... Es gibt landesweit kaum noch Kommunen, die keine Vermögenswerte zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes bzw. der Ergebnisplanungen einsetzen. Warum sollte dies bei Kreishaushalten anders sein?

Pensionsfonds

...Es erfolgt der Appell, die Veräußerung von RWE-Aktien zu diesem Zweck nicht zu verwenden. Die hieraus resultierende **Reduzierung der Dividende** die eine Einnahme des Verwaltungshaushaltes darstellt, würde zur **weiteren Belastung des Kreishaushaltes** und somit auch zur Belastung der Kommunen führen. Im übrigen wäre nachvollziehbar darzustellen, ob der RWE-Aktienbestand des Kreises überhaupt ausreichend ist, sowohl das vorgelegte Investitionsprogramm als auch einen Pensionsfonds zu finanzieren;

nach diesseitiger Einschätzung ist die angedachte Höhe des Fonds von 15 Mio. Euro unter Berücksichtigung des **Investitionsprogramms** nicht mehr in Gänze darstellbar, so dass zusätzliche Kreditfinanzierung des Kreishaushaltes droht.

Darüber hinaus sollte der mit der Bildung eines derartigen Fonds allenfalls für neu einzustellende Beamte begonnen werden.

Fachliche Gründe sprechen allerdings dafür, die Bildung des Pensionsfonds erst im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum NKF anzugehen.“

Soweit die einhellige, klare, deutliche und **vernichtende Aussage der Bürgermeister zu Ihrem Haushaltsentwurf, Herr Landrat** (24.02.2005).

So sehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat es im Karton der **kommunalen Familie** noch nie zuvor gerappelt.

Eilends wurden von der Mehrheitsfraktion interne Runden mit den CDU-Bürgermeistern eingeladen, um nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“ die geschlossene Phalanx aufzubrechen.

Manch einem Bürgermeister wurde mit dem Zaunpfahl gewunken; sprich:

- dem einen seine Zuschüsse für die Schlosskonzerte,
- dem anderen die Zuschüsse für die Grafik-Triennale,
- dem nächsten die Priorität der geplanten Kreisstraße in Frage gestellt.

Die Domestizierung des Bedburger CDU-Bürgermeisters, der zuerst tagelang mannhaft eine Ratenzahlung für die Kreisumlage verweigerte, war so erfolgreich, dass dieser sogar seinen Zuschussantrag für die Bedburger Balkan-Tage zurückzog, ohne dass diese je im Haushaltsentwurf enthalten waren.

Deshalb, Herr Zylajew, sei ein Kompliment erlaubt: Gründen Sie eine Inkassofirma; Sie werden erfolgreich sein!

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Rhein-Erft-Kreises gingen Ihnen allerdings nicht auf den Leim und verweigerten sich Ihrer Aufforderung, die Hausaufgaben des Kreises zu erledigen. Richtigerweise waren sie nicht bereit, konkrete Haushaltsstellen zu bestreichen und konkrete Investitionsmaßnahmen abzulehnen.

Allerdings wiederholten die Bürgermeister ihre Forderung, der Kreis möge einen offenen Fehlbedarf ausweisen, auch wenn daraus die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes resultiert.

14 Tage hatte sich die CDU-Mehrheitsfraktion Zeit genommen, bis zu einer Sondersitzung des Kreisausschusses die CDU-Bürgermeister halbwegs zu disziplinieren. Es musste eine Lösung her, die allen ermöglichte, das Gesicht zu wahren, ohne allzu große Schmerzen bei der Haushaltskonsolidierung im Kreis zu verursachen.

Deshalb kreite der Berg unter gewaltigem Grollen und gebar nach mehreren Sitzungen und vielerlei Einzelmassagen ein...

richtig, ein Muslein. Es muss eine Spitzmaus gewesen sein. **Sorex minutus, eine Zwergspitzmaus.**

Nur fnf Zentimeter lang, nur fnf Gramm schwer, aber sie frisst an Gewicht tglich so viel wie sie selber wiegt. **Ihr Wappentier** fr diese Haushaltsberatungen!

Ihr Kompromiss, gemeinsam mit dem Landrat entwickelt, wiegt soviel wie die Zwergspitzmaus und frisst mit bengstigendem Appetit von den kommunalen Haushalten, ohne selbst zu wachsen.

Die Verwaltung hatte zur Sondersitzung des Kreisausschusses einen aktualisierten Veränderungsdienst vorgelegt, der eine Verringerung des Zuschussbedarfes in Höhe von 1,4 Mio. Euro, sprich ein Drittel Punkt Kreisumlage, zum Inhalt hat.

Zusätzlich legten CDU und FDP eine gemeinsame Antragsliste vor, mit der sie die Kreisumlage (einschließlich des Veränderungsdienstes der Verwaltung in Höhe von 1,4 Mio. Euro) von 2,44 auf 0,89 Punkte senken wollen. CDU und FDP kommen damit auf eine Summe von Minderausgaben von gut sechs Mio. Euro.

Davon sind nach unserer Beurteilung knapp **4 Mio. Euro Luftbuchungen**, die sich in diesem Haushaltsjahr kaum mehr realisieren lassen werden. Nämlich:

1. Die Senkung der Personalkosten um 1,2 Mio. Euro.

Der Ansatz für die Personalkosten im Haushalt 2005 soll nach den Vorstellungen von CDU und FDP um 1,2 Mio. Euro gesenkt werden können und zwar durch folgende Effekte:

- Verlagerung von Personal zur Kreisleitstelle
- Auswirkungen von Hartz IV
- Einstellungsstopp
- Erhöhung der Wochenarbeitszeit für die Beamten des Kreises
- Aussetzung von Neueinstellungen von Azubis, welche die Beamtenlaufbahn anstreben

Diese 1,4 Mio. Euro entsprechen mindestens 24 vollen Stellen, die in den verbleibenden Monaten des Haushaltsjahres 2005 erwirtschaftet werden müssten.

Die Tatsache, dass die Hartz IV bezogenen Stellen nur höchstens ein halbes Jahr wirken können, verschärft den Umsetzungsdruck. Die Kreisverwaltung hat diese Vorgabe der Mehrheit dementsprechend zurückhaltend kommentiert und in der Kreisausschusssitzung als „Richtschnur“ bezeichnet.

2. Die zweite Luftbuchung ist eine Zuführung zum Vermögenshaushalt, die durch den **Verkauf der Paul-Krämer-Schule alt** in Frechen-Buschbell in Höhe von 1,2 Mio. Euro erzielt werden soll. Hier handelt es sich um ein nicht mehr benötigtes Schulgebäude, das nach KGSt-Gutachten mit einem Wert von 3,7 Mio. Euro bewertet ist und dessen „Teilverkauf“ in 2005 einen Erlös von 1,2 Mio. Euro bringen soll.

Nach unserer Einschätzung ist weder ein Gesamtverkauf, noch ein Teilverkauf dieses Grundstückes in 2005 zu realisieren, da es sich um ein Gebäude handelt, das aufgrund seiner sehr speziellen Nutzungsmöglichkeiten nur einen sehr kleinen Käuferkreis anspricht.

Außerdem ist das Gebäude vollständig von Wohnbebauung umringt, so dass sich dadurch weitere starke Nutzungseinschränkungen ergeben.

3. Die dritte Luftbuchung ist ein Hoffen von CDU und FDP auf eine **Absenkung der Landschaftsumlage**, die mit 1,2 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt werden sollte und sich mittlerweile schon erledigt hat.

Deshalb ist die so vorgegaukelte **Absenkung der Kreisumlage reine Kosmetik**, die mit Haushaltskonsolidierung nichts zu tun hat. Dieser Haushalt ist heute schon Makulatur.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Kommunen dürfen also weiterhin **mit den Steuergeldern** ihrer Bürgerinnen und Bürger die **teuren Hobbys einiger Kreispolitiker finanzieren**.

Die politische Mehrheit im Rhein-Erft-Kreis ist weit von der Forderung der Kommunen entfernt, Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu nehmen und sich am gesetzlich zugewiesenen Aufgabenbestand, den Kernaufgaben des Kreises, zu orientieren.

Wie weit die Kreistagsmehrheit aus CDU und FDP von der Haushaltskonsolidierung entfernt ist, wird am besten durch folgende Beispiele beschrieben:

Statt den Haushalt zu sanieren, wurde munter zugegriffen, als sei ungezähltes Geld da:

- Die FDP beantragte einen neuen Ansatz von 7.500 Euro für einen **Partnerschaftenwettbewerb**, der im Rahmen einer **Simulation (!)** von Jugendlichen durchgeführt werden soll. Vom potenziellen Nutznießer des Geldes lag kein Antrag vor. Die Diskussion im Kreishausschuss nährt die Vermutung, dass der potenzielle Nutznießer dieser Haushaltsmittel noch gar nichts von seinem Glück wusste.
- Auf FDP-Antrag wurde ein neuer Haushaltstitel in Höhe von 15.000 Euro für eine „**Potenzialanalyse** zum Einsatz und zur Verwertung spezifischer Biomassen“ beschlossen – trotz vielstimmigen Vortrags, dass auf allen Ebenen (Bund, Land, Rheinische Landschaftskammer) ausreichend Untersuchungen zum alternativen Einsatz von Zuckerrüben vorliegen.
- Ein Antrag der FDP, der neue Mittel in Höhe von 30.000 Euro für das x-te „**Gutachten** zur Ermittlung von Stärken und Schwächen vorhandener Industrieflächen einschließlich Handlungsempfehlung zur Industrieansiedlung“ betrifft, wurde an die WfG überwiesen und wird uns im Rahmen der dortigen Budgetplanung vermutlich wieder begegnen, ebenso ein FDP-Antrag in Höhe von 40.000 Euro für eine „**Meinungsumfrage** zur Zufriedenheit mit kommunaler (!) Verwaltung“.
- Ein Antrag der FDP, der einen neuen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro an „Organisationen der Behindertenhilfe zur **Weiterbildung** ehrenamtlicher Helfer“ betrifft, wurde ohne den Antrag der entsprechenden Organisation gestellt. Auch hier steht zu vermuten, dass die potenziellen Empfänger des Geldes zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nichts von ihrem Glück wussten.

- Ein Antrag der SPD, in der Druckversion des genehmigten Haushaltes 2005 alle **freiwilligen Leistungen** deutlich zu **kennzeichnen**, wurde mit den Stimmen der Kreistagsmehrheit abgelehnt.

Fast überflüssig zu erwähnen, dass **auch** die **Einwendungen** der Kommunen und damit **der zehn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister abgelehnt** wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kreis schlägt die Trommel, die Kommunen rudern. Die kurze Meuterei ist niedergeschlagen. Niemand käme aber auf die Idee, auf einer **Galeere** von kommunaler Familie zu sprechen, außer vielleicht derjenige, der an der Trommel steht.

Mehrheitsfraktion und Landrat scheuen eine Haushaltswirtschaft nach den Maßgaben eines **Haushaltssicherungskonzeptes** wie der Teufel das Weihwasser. Denn im Nu wäre Schluss mit all den schönen Hobbys und Spielwiesen und Selbstverwirklichungs-Trips, die so schön technokratisch unter dem Begriff „freiwillige Leistungen“ zusammengefasst werden.

Die Kommunen müssen es ja zahlen – die Gesetzeslage ist eindeutig.

Der Chefmeuterer Koerdt hat 20 Peitschenhiebe bekommen und rudert wieder mit.

„Bezahlen müssen die Kommunen“, ist ein wenig unpräzise formuliert: Denn die Kommunen müssen ihre Einnahmen erhöhen, wenn sie mehr Kreisumlage bezahlen sollen. Bezahlen müssen letztendlich die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen in den Kommunen mit höherer Gewerbesteuer, mit höherer Grundsteuer B und damit mehr Abgaben, mehr Nebenkosten für die Miete.

Der **Barfußwanderweg** mag eine tolle Sache sein – er wird bezahlt z. B. von den Mieterinnen und Mietern im Rhein-Erft-Kreis ohne die Möglichkeit der Gegenwehr.

Die „**Partnerschaftensimulation** für Jugendliche“ mag eine tolle Sache sein – sie wird bezahlt von den Gewerbesteuerzahlern in den Kommunen ohne Möglichkeit der Gegenwehr.

Mühlenkreise, Pilgerwege, Internet-Bombastik (sowie ihre frei galoppierende IT-Abteilung) eignen sich gut zur Selbstdarstellung und sind dankbare Foto-Sujets – sie behindern die Kommunen darin, Zukunft für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Die Kreisumlagenerhöhung von 1,23 Punkten entspricht 4,7 Mio. Euro Mehrkosten für alle zehn Kommunen im Rhein-Erft-Kreis.

4,7 Mio. Euro ist nicht mehr als eine Zahl.

Aber mit dieser Kreisumlagenerhöhung könnten **1.382 Kinder** unter drei Jahren in Zehner-Tagesgruppen fünf Tage in der Woche vormittags **betreut** werden.

Wenn Sie sich darauf besinnen würden, was wirklich wichtig ist, dann würden Sie solche Rechnungen aufstellen, statt ständig nach neuen Denkmälern für die Zeit nach Ihnen Ausschau zu halten, die von anderen bezahlt werden müssen.

Weil Sie keinerlei Gespür dafür haben, was wirklich wichtig ist, rechnen Sie anders:...

Wir wollen:

- endlich echte Haushaltskonsolidierung im Kreis.
- endlich eine Entlastung der Kommunen.
- endlich ein Personalentwicklungskonzept für MitarbeiterInnen im Kreis.
- endlich mehr Zusammenarbeit zwischen Kreis und Kommunen statt eitler Nabelschau.
- endlich eine Finanzpolitik im Kreis, die Kommunen Luft lässt für Zukunftsaufgaben.